

EUROPÄISCHES PARLAMENT

PARLAMENTARISCHER KOOPERATIONSAUSSCHUSS EU- RUSSLAND

PROTOKOLL DES SECHSTEN TREFFENS

24.-25. September 2003

STRASSBURG

1.1. INHALT

1. **Annahme des Entwurfs der Tagesordnung** (PE 331.279)..... 3
2. Genehmigung des Protokolls des fünften Treffens des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Russland vom 25. und 26. November 2002 in Brüssel (PE 331.280) 3
3. Meinungsaustausch zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der EU und der Russischen Föderation und zum Gipfeltreffen EU-Russland vom 11. November 2002..... 3

mit Erklärungen von:

- **Herrn Guy Legras**, Generaldirektor, im Namen der Europäischen Kommission;
- **I.E. Frau Marie-Louise Overvad**, im Namen der dänischen Ratspräsidentschaft; und
- **Herrn Avetisyan**, in Vertretung von **S.E. Herrn Vasili Likhachev**, Botschafter der Russischen Föderation bei der EU, im Namen der Regierung der Russischen Föderation

4. Der Vorschlag des EU-Konvents für eine Verfassung der Europäischen Union..... 5
5. Die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch die Russische Föderation 6
- 6.... Die allgemeine Situation der Region Kaliningrad und die Umsetzung der erleichterten Transitbestimmungen 7
- 7.... Verschiedenes 9

PV\539346DE.doc

PE 336.316

DE

DE

8. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung..... 9

Anlagen: Anwesenheitsliste
Liste der russischen Delegation

PCC/SP/ds/cs

Das Treffen wird um 15.15 Uhr unter dem gemeinsamen Vorsitz der stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Bart Staes und Herrn Vladimir Lukin, eröffnet.

Herr Staes begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass Lord Bethell, PPE-DE, Vereinigtes Königreich, am Vortag aus gesundheitlichen Gründen als erster stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Russland zurückgetreten sei. Laut Informationen der PPE-DE Fraktion bewirbt sich Herr Robert Goodwill, MdP, um die Nachfolge von Lord Bethell. Der Vorsitzende bittet um weitere Nominierungen. Da keine weiteren Kandidaten genannt werden, wird Herr Goodwill durch Zuruf zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Delegation des Europäischen Parlaments im Parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-Russland gewählt. Herr Staes begrüßt Herrn Goodwill als Vorstandsmitglied. Herr Goodwill ergreift kurz das Wort, bedankt sich für seine Wahl und würdigt die Arbeit seines Vorgängers.

1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung

Der Entwurf der Tagesordnung wird angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls des 5. Treffens des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Russland vom 25. bis 26. November 2002 in Brüssel

Das Protokoll des 5. Treffens des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Russland vom 25. bis 26. November 2002 in Brüssel wird nach einigen redaktionellen Veränderungen genehmigt.

3. Meinungsaustausch zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der EU und der Russischen Föderation, zum Gipfeltreffen EU-Russland am 6. November 2003 in Rom und zur Umsetzung der Ergebnisse des Gipfeltreffens EU-Russland vom Mai in St. Petersburg

Herr Staes leitet den Meinungsaustausch ein und weist darauf hin, dass die Verstärkung der Zusammenarbeit, die sich auf die verschiedenen Kapitel des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens konzentrieren müsse, das im Rahmen des Gipfeltreffens in St. Petersburg erörtert und dem eine herausragende Bedeutung zugemessen worden sei, Priorität habe. Er teilt mit, dass der neue Ständige Partnerschaftsministerrat EU-Russland in naher Zukunft zusammentreten werde. Da sowohl die Wahlen zum Europäischen Parlament als auch die Wahlen zur Staatsduma bevorstünden, sei dieses Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses folglich das letzte Treffen in dieser Zusammensetzung.

Herr Lukin dankt allen für die fruchtbare und interessante Zusammenarbeit. Er schlägt vor, im Jahre 2004, am 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, eine Konferenz abzuhalten, um eine umfassende Bilanz seiner Ergebnisse und Mängel zu ziehen und ein dann auf die neue historische Situation angepasstes Folgepartnerschafts- und Kooperationsabkommen zu erörtern und schließlich auszuarbeiten. Er weist auch darauf hin, dass Russland der Annahme der Europäischen Verfassung mit großem Interesse entgegensetze. Russland sei über viele Jahrhunderte ein Teil Europas gewesen. Er unterstreicht daher sein Bedauern darüber, dass russische Vertreter nicht einmal zu einer symbolischen Teilnahme als Gäste anlässlich der Erarbeitung der Europäischen Verfassung eingeladen worden seien. Die europäischen Länder, die die grundlegenden Werte der EU teilten, jedoch keine Mitglieder seien und in naher Zukunft keine Mitglieder der EU würden, sollten

hierüber besser informiert werden. Herr Lukin ersucht den Parlamentarischen Kooperationsausschuss, sich zu der Möglichkeit zu äußern, russische Vertreter zum Abschlusstreffen, bei dem die Verfassung angenommen werde, einzuladen.

Der Leiter der Vertretung der Russischen Föderation bei der EU, S.E. Herr Fradkov, spricht in seiner Rede den derzeitigen Stand der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU auf vier Gebieten an: Wirtschaft und Handel, Justiz und Inneres, Bildung und Kultur, Sicherheit und Verteidigung sowie den institutionellen Mechanismus der Zusammenarbeit, den „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ zwischen Russland, Belarus, der Ukraine und Kasachstan sowie die Tschetschenienfrage. Er erklärt nachdrücklich, dass insbesondere beim bevorstehenden Gipfeltreffen Russland-EU in Rom die Gespräche zwischen Russland und der EU über den Beitritt Russlands zur WTO bewertet, das Konzept des Gemeinsamen Wirtschaftsraums, wie von der hochrangigen Gruppe vorgeschlagen, angenommen, der Bericht über die 4. Etappe des Energiedialogs Russland-EU erörtert und das herausragende Thema der Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie dessen rechtliche Grundlage und rechtlicher Rahmen angesprochen werden sollten. Er teilt ferner mit, dass es der russischen Seite nicht um die völlige Abschaffung von Visa, sondern um die Erstellung eines Fahrplans für den visumsfreien Transit zwischen der EU und der Russischen Föderation gehe. Für die Russische Föderation wäre der Abschluss eines Rückübernahmeabkommens an die Visumsfrage gebunden. Daher sei der Vorschlag, den Kooperationsrat durch einen Ständigen Partnerschaftsrat, der auf Ministerebene zusammentrete, zu ersetzen, ein sinnvoller Schritt und seine Einrichtung wäre von entscheidender Bedeutung für die künftige Zusammenarbeit, insbesondere auf den oben genannten Gebieten. Er betont, dass der Einheitliche Wirtschaftsraum keinen Widerspruch zu dem Gemeinsamen Wirtschaftsraum zwischen der Russischen Föderation und der EU sein solle.

Senator Antonione, Unterstaatssekretär, spricht im Namen der italienischen Ratspräsidentschaft die beim bevorstehenden Gipfeltreffen in Rom zu behandelnden Themen der Zusammenarbeit auf vier Gebieten, die Stärkung des Kooperationsrates und das Konzept „Größeres Europa - Neue Nachbarn“ an.

Herr Leigh, stellvertretender Generaldirektor, betont im Namen der Kommission, dass die bevorstehende Erweiterung der EU insgesamt positive Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland haben werde. Er bezieht sich vor allem auf die zusätzlichen Handelsverbindungen, das Wachstumspotential für den russischen sowie europäischen Markt und auf die geopolitischen und historischen Vorteile, auf denen die beitriftswilligen Länder aufbauen und ihre Wirtschaftsbeziehungen zu der Russischen Föderation verstärken könnten. Wenn der Einheitliche Wirtschaftsraum jedoch zu einer Zollunion führen würde, dürfte dies kaum mit dem Beitritt Russlands zur WTO vereinbar sein. Die Visumpolitik solle nicht isoliert von den anderen Fragen auf dem Gebiet Justiz und Inneres betrachtet werden. Die EU sei bereit, sich ad hoc mit russischen Experten für Visumsfragen zu treffen. Die EU sei auch bereit, politische Maßnahmen zu erörtern, um die Herbeiführung einer Lösung des Konfliktes um Transnistrien in Moldau zu unterstützen. Die Europäische Kommission erwäge ein besonderes Hilfsprogramm zur Wiederversöhnung und Anpassung in Tschetschenien; die Bevölkerung Tschetscheniens müsse die Legitimität der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in der Republik anerkennen. Schließlich erklärt er nachdrücklich, dass mit der Initiative „Größeres Europa“ sichergestellt werden solle, dass alle Nachbarn der EU von der Erweiterung profitieren.

In dem anschließenden Meinungsaustausch sprechen Herr Tannock, Frau Hedkvist Petersen und Herr Väyrynen die folgenden Punkte an:

- Am Vortag sei in der englischen Presse ein Artikel von Herrn Berezowsky, der derzeit in London wohnhaft sei, veröffentlicht worden, in dem er den FSB des Versuchs, ihn im Vereinigten Königreich zu ermorden, beschuldige.
- Ob zwischen den Unterzeichnerstaaten des Abkommens über den Einheitlichen Wirtschaftsraum ein gemeinsamer Markt eingerichtet werden könne, sei aufgrund der Unterschiede in ihren Wirtschaftssystemen zweifelhaft. Allerdings könnten mit ihm politische Ziele verfolgt werden.
- Die russische Regierung könne bei der Lösung des Transnistrien-Problems größeren Druck auf die Regierung Transnistriens ausüben.
- In der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Initiative „Größeres Europa“ seien zu viele verschiedene Länder unter einen Hut gebracht worden. Es sei erforderlich, eine Unterscheidung zwischen den europäischen und den außerhalb Europas gelegenen Nachbarn zu treffen. Auch solle die Möglichkeit neuer Finanzinstrumente in Betracht gezogen werden.
- Die Kooperation im Bereich Umwelt, insbesondere in der Barents-See, sei für die gesamten Beziehungen zwischen der EU und Russland wichtig. Es habe immer administrative Probleme gegeben, die die Entwicklung der Zusammenarbeit gehemmt hätten.

Es folgen die Anmerkungen von Herrn Bicheldey, Herrn Fradkov und Herrn Lukin. Folgendes findet Erwähnung:

- Die Republik Tuwa lebe noch im Kriegszustand mit Deutschland - dieses Paradox solle auf diplomatischem Wege beseitigt werden.
- Der Artikel von Herrn Berezowsky müsse im Zusammenhang mit der Wahlkampfkampagne für die Parlamentswahlen in Russland gesehen werden. Angeblich eile Herrn Berezowsky der Ruf, ein schwieriger Mensch zu sein, voraus, und seine Worte allein seien kein Beweis für seine Behauptungen. Die britische Staatssicherheit würde angeblich in dieser Sache ermitteln. Dies scheine eine angemessene Reaktion zu sein.
- Die am Einheitlichen Wirtschaftsraum beteiligten Länder hätten ihre Souveränitätsrechte bewahrt, um in ihren Beziehungen zur EU frei zu sein. Daher dürfte der Einheitliche Wirtschaftsraum kein Hindernis für die Beziehungen zwischen der EU und Russland sein.
- Es würden Verhandlungen über das Transnistrien-Problem unter Beteiligung der OSZE, der Ukraine und Russlands geführt. Der Standpunkt der EU, den Friedensprozess zu beobachten, sich jedoch nicht aktiv an der Kiew-Gruppe zu beteiligen, sei eine weise Entscheidung gewesen.

4. Der Vorschlag des EU-Konvents für eine Verfassung der Europäischen Union

Herr Napolitano, MdP, Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und Vizepräsident des Konvents, berichtet über die Erarbeitung des endgültigen Entwurfs der Europäischen Verfassung durch den Konvent und seinen Inhalt. Die Regierungskonferenz werde hierzu das letzte Wort haben, wenngleich es schwierig sein werde, größere Änderungen anzubringen. Der Standpunkt des Parlaments zu dem Entwurf sei in der vergangenen Woche in der Entschließung zum Ausdruck gebracht worden, mit der der vom Konvent verfasste Text unterstützt worden sei und die Regierungskonferenz aufgefordert werde, die Ausgewogenheit des Entwurfs zu respektieren. Die EU werde die Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn mit dem Ziel fortsetzen, einen „Ring der Freunde“ zu errichten.

Herr Seppänen, ein Vertreter des Europäischen Parlaments im Konvent, erläutert seine Meinung zu den Ergebnissen des Konvents und hebt die Gebiete des politischen Entscheidungsprozesses hervor, auf denen weiterhin Einstimmigkeit erforderlich sein werde. Er merkt auch an, dass es bei der Frage nach einer zukünftigen gemeinsamen Verteidigung keine Einstimmigkeit gebe, obwohl sie im Europäischen Parlament von einer breiten Mehrheit unterstützt worden sei.

Herr Tannock fügt hinzu, dass das Ergebnis des Konvents seiner Ansicht nach eine vom Präsidium des Konvents erzwungene Top-Down-Lösung sei und dass es während des Konvents zu keinem Punkt eine formelle Abstimmung gegeben habe. Daher werde es auf der Regierungskonferenz mit Sicherheit Aussprachen zu verschiedenen inhaltlichen Punkten des Entwurfs geben.

In der nachfolgenden Aussprache ergreifen Herr Evstifeev, Herr Koptev-Dvornikov und Herr Lukin das Wort und weisen auf folgende Punkte hin:

- Mit welchen Konsequenzen müsste ein Land bei einem Verstoß gegen die in der neuen Verfassung verankerten Grundrechte der EU, wie etwa die Achtung der Rechte von Minderheiten, beispielsweise der russischsprachigen Bevölkerung in den Baltischen Staaten, rechnen?
- In Art. 56 der Verfassung werde Bezug auf die Nachbarn der EU genommen, wobei die Werte der EU als Grundlage für die Beziehungen zu ihren Nachbarn betrachtet würden. Müssten folglich die Nachbarn auch eine Sondergesetzgebung verabschieden, die ihre Loyalität gegenüber diesen Werten bestätigt?
- In Art. 57 sei die Möglichkeit des Beitritts zur EU für jeden europäischen Staat vorgesehen, der die Werte der EU teile: wer würde festlegen, ob ein Staat europäisch ist und ob er die europäischen Werte teilt?
- Art. 56 beinhalte keine neuen Konzepte und keine strategischen Perspektiven für die „neue Nachbarschaft“ der EU: Bedeute dies, dass die Grenzen der EU streng festgelegt sind und die Länder in der „unmittelbaren Umgebung“ für immer außerhalb der EU bleiben?

Herr Napolitano, MdP, ergreift das Wort und antwortet auf diese Fragen:

- Alle beitrittswilligen Länder seien dahingehend überprüft worden, ob sie die Kopenhagener Kriterien, insbesondere die Achtung der Werte und Rechte der EU, erfüllen. Würden diese Länder als EU-Länder die Werte und Rechte der EU verletzen, würde das Verfahren gemäß Art. 58 der Verfassung auf sie angewendet, und das Stimmrecht der betreffenden Länder könne ausgesetzt werden.
- Im Hinblick auf das Konzept „Neue Nachbarschaft“ habe bislang lediglich Kroatien einen Antrag auf Aufnahme in die EU gestellt; die Kriterien für den Antrag würden dieselben sein.
- Herr Napolitano unterstreicht, dass das Ergebnis des Konvents im Europäischen Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit gebilligt worden sei. Der Konvent habe das Wort „föderal“ aus dem Text von Artikel 1 des Verfassungsentwurfs gestrichen.

5. Die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch die Russische Föderation

Nach einer Einführung durch den Vorsitzenden Bart Staes, der den Nutzen einer Delegation, die sich auf ein Thema konzentrierte und hauptsächlich entsprechend dem Interesse der Mitglieder

an diesem Thema zusammengesetzt sei und daher über ein hohes Maß an Sachverstand verfüge, unterstreicht und das von den Beamten der Staatsduma vorbereitete hervorragende Programm lobt, stellt Herr Moreira da Silva, MdP, der Berichterstatter des Europäischen Parlaments über das Kyoto-Protokoll, seine Eindrücke von dem Besuch der Delegation in Moskau dar. Seiner Ansicht nach habe die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls in Russland keine Priorität. Eine Verbindung dieses Themas mit dem Beitritt Russlands zur WTO würde Bedenken auslösen und wäre nicht hilfreich.

In der sich anschließenden Aussprache ergreifen Frau Larotschkina, Herr Lukin, Herr Evstfeev und Herr Fradkov zu folgenden Punkten das Wort:

- Die Abgeordneten der Staatsduma könnten lediglich auf die Ratifizierungsunterlagen warten, die ihnen die Regierung zu übermitteln habe.
- Russland sei an einer Erörterung von Wirtschaftsfragen interessiert. Die Verhandlungen über die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls solle in engem Zusammenhang mit dem Energiedialog geführt werden. Russland sei stark an der Durchführung von Projekten im Bereich energiesparender Technologien und erneuerbarer Energiequellen sowie an der Erforschung neuer Kohlenwasserstoffvorkommen in Russland interessiert und erwarte, dass sich die russischen Gaslieferungen nach Europa bis 2020 verdoppeln.
- Die Verhandlungen über die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls sollten sehr flexibel geführt werden, wobei das starke Interesse Russlands am Beitritt zur WTO berücksichtigt und mit dem Interesse der EU an der Ratifizierung des Protokolls durch Russland verbunden werden solle.
- Es solle berücksichtigt werden, dass die erforschten russischen Gasvorkommen in 40-60 Jahren erschöpft sein würden.
- Der endgültige Standpunkt der Regierung sei noch nicht vorgelegt worden, und es sei noch zu früh, um diese Frage mit etwas anderem in Verbindung zu bringen.

In den nächsten Tagen finde in Moskau eine internationale Konferenz über die Klimaveränderung statt.

Herr Moreira da Silva warnt davor, das Programm zum Kyoto-Protokoll auf derselben Ebene wie den Energiedialog zu behandeln. Die Ratifizierung solle zu einem Anstieg der Auslandsinvestitionen in Russland führen. Die Verzögerung der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland wirke sich nachteilig auf die in den letzten zehn Jahren im Rahmen der Kooperation zwischen der EU und Russland auf dem Gebiet der Umwelt erreichten Ergebnisse aus. Die in Moskau stattfindende Konferenz werde anscheinend eher als eine Alternative zu dem gefördert, was in all diesen Jahren von der UN-Umweltbehörde entwickelt und vorangetrieben worden sei: dem Kyoto-Protokoll.

6. Die allgemeine Situation der Region Kaliningrad und die Umsetzung der erleichterten Transitbestimmungen

Herr Elmar Brok, MdP, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments, informiert den Parlamentarischen Kooperationsausschuss über die Ergebnisse der parlamentarischen Konferenzen der Präsidenten der Nationalversammlung der Russischen Föderation, des litauischen Seimas, des Senats und des Sejm der Republik Polen und des Europäischen Parlaments und unterstreicht die insgesamt zufrieden stellende Umsetzung der Lösungen für den Transit der Menschen zwischen dem Hauptstaatsgebiet der Russischen Föderation und ihrer Enklave Kaliningrad seit dem 1. Juli. Er erwähnt auch die Möglichkeiten

einer Modernisierung der Verkehrsmittel (Hochgeschwindigkeitszüge, Luftverkehr) und spricht nachdrücklich die Notwendigkeit an, jetzt die Mittel zu finden, um die soziale und wirtschaftliche Lage in dieser Region zu verbessern. Es könne nützlich sein, manche Tacis-Programme in Russland mit von der EU finanzierten Projekten in den neuen Mitgliedstaaten zu verbinden. Dies würde jedoch in einem gewissen Umfang von der Regierung der Russischen Föderation abhängig sein. Ein zukünftiges Treffen mit dem oben genannten Rahmen solle daher in der Region Kaliningrad stattfinden, um die erforderlichen realitätsnahen Eindrücke zu gewinnen.

Herr Koptev-Dvornikov fügt hinzu, dass die Staatsduma Abkommen über die Landes- und Seegrenzen sowie das Rückübernahmeabkommen mit Litauen ratifiziert habe. Seit dem 1. Juli seien erleichterte Transitbestimmungen in Kraft, die sehr gut funktionierten und den Menschen den Transit zwischen dem Hauptstaatsgebiet der Russischen Föderation und ihrer Enklave Kaliningrad erleichterten. Er erwähnt außerdem die verbleibenden Probleme beim Transit von Waren und die Frage der Abkommen über den grenzüberschreitenden Warenverkehr zwischen Russland, Litauen, Russland und Polen. Der Vorschlag der litauischen Kollegen, in Litauen ein parlamentarisches Treffen EU-Polen-Litauen-Russland abzuhalten, solle unterstützt werden.

Frau Magdalene Hoff, MdP, bezieht sich auf die noch zu lösenden Probleme und bittet um weitere Auskünfte zu dem Gesetzesentwurf über die Erleichterungen im Handel mit Kaliningrad. An einem zweiten Bericht des Europäischen Parlaments über die Möglichkeiten, den Handel mit und den Zugang nach Kaliningrad zu erleichtern, werde gearbeitet. Die Vorschläge des ersten Berichtes seien jedoch noch nicht vom Rat umgesetzt worden.

Herr Hack, teilt als Vertreter der Kommission ebenfalls mit, dass das erleichterte Transitsystem zufrieden stellend funktioniere. Die Durchführbarkeitsstudie für den Hochgeschwindigkeitszug werde überdacht, ihre Merkmale würden derzeit erörtert und bis Jahresende könne das Projekt in seinen Einzelheiten weit genug ausgearbeitet sein, um die Durchführbarkeitsstudie ausschreiben zu können. Er erinnert den Parlamentarischen Kooperationsausschuss auch daran, dass die Europäische Kommission ein 25 Millionen Euro umfassendes Programm für die Stärkung der sozio-ökonomischen Entwicklung der Region Kaliningrad beschlossen habe.

Herr Tannock erkundigt sich nach Berichten über eine Bürgerinitiative zur Rückbenennung Kaliningrads in Königsberg.

Herr Lukin teilt mit, dass einige Probleme, um deren Lösung sich die EU bemühen wollte, nach wie vor ungelöst seien: der Warenverkehr und die Durchführbarkeitsstudie für den Hochgeschwindigkeitszug. Die gemeinsame parlamentarische Kontrolle solle bis zur Lösung der Probleme aufrecht erhalten werden. Er fordert die Einbeziehung dieser Fragen in die Debatte über den EU-Haushalt 2004.

Herr Koptev-Dvornikov teilt mit, dass es keine Pläne zur Umbenennung Kaliningrads gebe.

Herr Fradkov weist darauf hin, dass die Frage des Warenverkehrs auf dem Gipfeltreffen in Rom erörtert werden könne.

7. Verschiedenes

Herr Watt spricht das Problem der jährlichen Jagd auf Seehundbabys im Weißen Meer an. Er berichtet, dass die russische Regierung versichert habe, dass die Jagd eingeschränkt werde. Allerdings habe sie sich in den letzten zehn Jahren in ihrem Umfang verdoppelt. Die an die russische Regierung gerichteten Ersuchen, Zahlen bekannt zu geben und eine unabhängige Kontrolle zuzulassen, seien unbeantwortet geblieben.

Herr Fradkov teilt mit, dass er Herrn Watts treffen könne, um diese Angelegenheit zu erörtern.

Herr Paasilinna spricht Fragen aus dem Bereich Straßenverkehr an.

8. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung

Das nächste Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses wird vorläufig auf März 2004 festgesetzt.